

Herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung. Mit der deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung hat man ja auch nicht gerade einen „barrierefreien“ Titel gewählt. Ich habe vernommen, dass die größere Zahl von Ihnen aus dem Bereich der Renten- und der Krankenversicherungsselbstverwaltung stammt, daher eine ganz kurze Eigenvorstellung:

Ich neige dazu, spontan zu sein, manche sagen „provokativ“, manche sagen auch „unbequem“. Und ich arbeite eigentlich sehr gern mit Bildern. Das letzte spare ich mir heute. Dafür versuche ich in den ersten mir zugeschriebenen Eigenschaften vielleicht ein bisschen intensiver zu sein. Also, das, was ich sage, nehmen Sie ruhig als meine Meinung, aber nehmen Sie es angesichts des biologischen Tiefpunkts, den wir alle um 14.30 Uhr haben, vielleicht auch ein bisschen als provokatives Wachrütteln.

Selbstverwaltung? Natürlich schwerpunktmäßig in der Unfallversicherung -aber ich habe das Thema eigentlich so verstanden, dass wir generell über Selbstverwaltung reden wollen. Da kommt ein weiterer Punkt bei mir auf. Ich schaue gerne in die Zukunft, indem ich versuche, aus der Vergangenheit etwas heranzuziehen.

Selbstverwaltung in der Vergangenheit ist ein spannender Punkt, wenn man – ich bin Jurist – mal nachfragt: Wie ist denn eigentlich Selbstverwaltung definiert? Wenn Sie anfangen in aktuellen Schriften zu lesen -wahrscheinlich steht es sogar auf der soeben vorgestellten neuen Internetseite – dann heißt es immer: „Selbstverwaltung ist gelebte Demokratie.“ – Toll ! Und wieso ist das eine Definition? Das ist zwar eine wunderschöne Erwartung. Das ist auch vielleicht eine Art Selbstverständnis, aber mit Definition, was eigentlich Selbstverwaltung bedeutet, hat dieser wunderschöne Satz überhaupt nichts zu tun. Und wenn man über etwas redet, über Selbstverwaltung, sollte man doch wissen, was denn der Ursprung, der Inhalt ist, bevor man über die heutigen Probleme, Herausforderungen etc. und anderes redet.

Jetzt kann man weit zurückgehen, kann an die Bergarbeitervereine gehen im 13. Jahrhundert. Man kann irgendwo in das Jahr 1830 gehen. Da gibt's nämlich das erste Mal die Erwähnung des Wortes „Selbstverwaltung“, was übrigens vielleicht nicht nur als historische Anekdote ganz spannend war. Es ging im Zeitalter der Industrialisierung darum, dass sich der Pfarrer, der Ortsvorsteher und der Lehrer zusammengefunden haben, um in bestimmten Städten und Bereichen sich insbesondere über tödliche Kinderunglücke in der Industrie zu unterhalten. – Also, Vertreter der Gemeinschaft in dieser Zeit, die sich um das Wohl der in Arbeit befindlichen Menschen gekümmert haben.

Das war vielleicht einer der Anknüpfungspunkte, weshalb bei demjenigen, den wir immer als Vater der Sozialversicherung und Vater auch der Selbstverwaltung bezeichnen, damals die Idee aufkam: Jawohl, wir bilden die Sozialversicherung in der Form ab, dass sie eben selbst verwaltet ist – und hier kommen wir an den ersten richtigen Ansatz einer niedergelegte Definition –, was nämlich heißt, dass der Staat eigene Kompetenzen auf eine selbständige Organisation überträgt und diese Organisation wieder durch Vertreter der Personengruppen besetzt ist, die diese Organisation betreuen, schützen oder eben auch organisieren sollen.

„Staatsferne“ ist eigentlich – mit einem Schlagwort gesagt – das, was Selbstverwaltung darstellt- und nicht „gelebte Demokratie“.

Der Begriff Demokratie kommt im Übrigen auch in der Entstehungsgeschichte der Selbstverwaltung in den ersten Jahrzehnten überhaupt gar nicht vor. Und wer ein bisschen in den Pandekten wühlt, wird übrigens feststellen, dass der Ursprung, den Bismarck und seine Truppe damals sich ausgewählt hat, alles andere als ein Demokratiegedanke war. Der Gedanke war nämlich eigentlich, mit diesen neuen Institutionen „Sozialversicherung“ - von denen die Regierung damals gar nicht wusste, ob sie funktionieren würden oder nicht - insbesondere die Arbeiter einzubeziehen, zu beruhigen und mittelbar – ein kluger Schachzug – durch vermeintliche Staatsferne dann letzten Endes doch gängeln zu können.

Das Ganze hat übrigens, wie wir auch mal feststellen müssen, nicht von Beginn an nur Befürworter gefunden. Wenn man ein bisschen weiter geht, ich sage Ihnen aber noch nicht, wohin, dann findet man richtig „schöne“ Zitate. Die haben vor wenigen Wochen mal bei einer Feier für große Aufregung gesorgt, als ich zitiert habe, da habe doch eine gewisse Person gesagt: „Die Selbstverwaltung der Unfallversicherung sei wesenslose Dekoration. Die Mitglieder seien völlig überfordert und es gäbe kein Interesse an der Mitwirkung derselben.“ Das hat übrigens ein Herr Lohmann gesagt.

Bevor Sie jetzt auf die Suche nach diesem „Schurken“ gehen und ihn aus der Gewerkschaft oder sonst wo rausschmeißen wollen: der liegt schon lange auf dem Friedhof. Und dieser Spruch ist von 1883, kommt einem aber irgendwie, wenn man sich die heutige Kritik vor Augen hält, irgendwie bekannt vor – oder? Ich komme darauf gleich nochmal zurück.

Jedenfalls existiert Selbstverwaltung, von der wir heute reden im Sinne von Selbstgestaltung in einer selbständigen Organisation unter Einbeziehung der Interessengruppen, in dieser Form erst seit 1951. Erst dann sind Sie nämlich alle, wie Sie hier sitzen, in der Gesetzlichen Unfallversicherung jedenfalls paritätisch vertreten. Erst da hat sich übrigens der Gedanke von Bismarck und seinen Mitstreitern erfüllt, dass es in der Tat eine Befriedung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gab. Das war aber nicht Herr Bismarck, das waren die Nachkriegspolitiker.

Also, hält man einmal kurz in der Rückschau fest, wo Selbstverwaltung herkommt, dann - kurzes Zwischenfazit - : nicht aus dem Demokratiedanken, übrigens auch nicht aus irgendwelchen Wahlgedanken. Die Kritik, die Sie, die wir heute alle bekommen, fängt häufig an dieser Stelle an. Und meine Vorredner haben genau daran gemessen ihre Maßnahmen geschildert. Mein Gott, was sind denn das für Organisationen, wo es eine Wahlbeteiligung von nur dreißig Prozent gibt? Das müssen wir unbedingt ändern, weil wir ja „gelebte Demokratie“ sind. Und entsprechend gibt es unzählige Aktivitäten - eigentlich

seit zwanzig Jahren die gleichen, wenn man auch mal wieder ein bisschen Historie macht - um Selbstverwaltung attraktiver zu machen, damit mehr Personen wählen gehen und die gelebte Demokratie eine bessere demokratische Grundlage hat.

Meine erste Frage an Sie: Warum eigentlich? Ist Selbstverwaltung wirklich Demokratie in dem Verständnis, in das uns die Politik die ganze Zeit versucht zu treiben? Ist Demokratie eigentlich nur, wenn ich Urwahlen habe? Sitzt die Hälfte der Abgeordneten im Bundestag nicht demokratisch, weil sie über eine Liste da hingekommen ist? Fallen Sie doch nicht auf diesen Trick herein, dass wir jahrelang darüber diskutieren, ob die demokratische Legitimation der Selbstverwaltung ausreicht, wenn nur dreißig Prozent zur Wahl gehen.

Wir haben weltweit Modelle - Internationalität ist ein weiteres Faible von mir - wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer mitwirken in der sozialen Gestaltung. Diese Modelle wachsen übrigens. Deutschland übrigens gilt dort immer noch als das zentrale Vorbild, wie wir es machen. Komischerweise gibt es kein weiteres Beispiel international, wo direkte Wahlen in unserem Sinne stattfinden. Es sind andere Mechanismen, mittelbare demokratische Vertretung, die übrigens auch unserem Land und unserer Verfassung voll entsprechen. Und man diskutiert in anderen Ländern mehr über die Kompetenzen dieser Einrichtung, der Entscheidungsgewalt, als darüber, wie die Personen dort hinkommen.

Und ich habe das Gefühl, dass wir uns etwas in Deutschland in dieser Diskussion verlieren, ob Sie denn alle ausreichend legitimiert sind, und uns wundern, dass bei Verwendung der Kräfte in dieser Richtung von der Politik klammheimlich überall an ihren Kompetenzen gegraben wird.

Zweitens - auch Sie werden es vermutlich heute wieder erleben oder erlebt haben, deshalb spiele ich mal den Gegenpart - Selbstverwaltung ist doch etwas Tolles: funktioniert, ist selbst gestaltend, ist nah am Versicherten, bringt entsprechendes Fachwissen mit ein. Und überall wird das gelobt und wir

wundern uns andererseits, dass die politischen Reaktionen andere sind. Vielleicht wäre dieses Wundern nicht so groß, wenn wir einmal nicht uns zuhören würden, sondern denjenigen, die über uns reden. Auch das ist nämlich ein ganz wichtiger Punkt.

Seien wir doch ehrlich. Wir alle führen unzählige Gespräche mit Vertretern von Parteien, von politischen Organisationen, von anderen Verbänden. Und die Zustimmung zum Modell der Selbstverwaltung ist – verhalten formuliert – begrenzt, spätestens dann, wenn das Mikrophon aus ist. Das ist eigentlich ein Alarmzeichen insgesamt und sollte dazu führen, dass man sich nicht wohl in diesen Lobesreden – Entschuldigung – suhlt, sondern einmal fragt: Woher kommt das eigentlich, dass große gesellschaftliche Gruppen Selbstverwaltung nicht nur nicht wahrnehmen, sondern kritisch wahrnehmen?

Ich glaube, das Stellen dieser Kritik kann vielleicht dazu führen, dass Selbstverwaltung sogar insgesamt gestärkt ist und gestärkt wird. Oder es kommt zu Entwicklungen – wieder mal Ausland, Nachbar, ganz kurz gesagt –, die ganz plötzlich eintreten können. Österreich ist ein dramatisches Beispiel, in der Unfallversicherung bekannt, dass man in relativ kurzer Zeit, in wenigen Wochen eine über Jahrzehnte hoch gelobte Institution in allen Regierungen mit einem Federstrich versucht hat abzuschaffen, und zwar nicht nur so wie bei uns im GKV-Spitzenverband, sondern mal eben die ganze Selbstverwaltung aus der Unfallversicherung. Und der nächste Schritt war, den dortigen Hauptverband, wo alle Sozialversicherungsbereiche selbstverwaltet versammelt sind, mit einem Federstrich wegzumachen.

Es ist am Ende nicht (so) passiert. Aber einerseits sollten wir uns fragen: Wie konnte das eigentlich in einem System, das uns so ähnlich ist, passieren? Einer der Gründe war: Selbstzufriedenheit. Man konnte sich nicht vorstellen, dass so etwas passiert. Der zweite Grund ist, dass man nicht erkannt hat, dass ohne eine gesellschaftliche Unterstützung, und damit spreche ich nicht vom Eigengefühl, Selbstverwaltung keine Perspektive hat.

Und es kommt noch ein weiterer Punkt, den ich vielleicht nicht aus Österreich heranziehen will, aber auch da würde es passen, bei dem wir auch aufpassen müssen, nicht in eine Falle hineinzugehen. In Österreich wurde als Begründung auch herangeführt, was Sie aktuell bei uns wiedererkennen: Selbstverwaltung sei nicht professionell genug. Die Leute, die da sitzen – ich übersetze das mal einfach –, haben keine Ahnung von dem, was sie tun.

Was hat man dort an Diskussionen gemacht und aufgezeigt, was denn die Selbstverwaltung in den letzten Jahren und Jahrzehnten alles Tolles geschaffen hat – kommt Ihnen irgendwie bekannt vor, können wir auch, wir können es sogar auf Internetseiten – und hat geglaubt, damit den politischen Mainstream davon überzeugen zu können und war völlig verwundert, als das passierte, was vorhersehbar war, dass nämlich die politische Reaktion in Österreich diejenige war: *Das habt nicht ihr gemacht, das hat die Politik entweder euch aufgedrückt oder es hat vielleicht ein Hauptamt gemacht, das es dort auch gibt, und ihr wart die Bremser.* – Alles jetzt sehr salopp gesagt.

Warum kann man so argumentieren? Weil man aus meiner Sicht in eine zweite Falle getappt ist und nicht auf die Historie schaut. Selbstverwaltung heißt nicht, dass Sie die Profis in der Rentenberechnung sind. Selbstverwaltung heißt nicht, dass Sie die Unfallverhütungsvorschrift 1234 im Art. 3 zitieren und in den Betrieb gehen können und gleich sagen können, *okay, so macht ihr das hier nicht weiter.* Selbstverwaltung heißt auch nicht, dass Sie in der Gesetzlichen Krankenversicherung sitzen und sagen, *dass die Abschaffung der Sehhilfenleistungen, die vor zig Jahren aus Kostengründen erfolgt war, inzwischen etwa eine Kostenersparnis von 200 Millionen gebracht hat. Und das wollen wir jetzt ändern...* wie auch immer.

Sie sind nicht die Profis! Sie werden auch nicht die Profis! Sie sollen es aber auch nicht sein! Warum lassen Sie sich auf diese Diskussion ein? Wirklich, der Kerngedanke der Selbstverwaltung ist, wenn überhaupt vergleichbar, vergleichbar mit der Idee des Schöffen, des Laienrichtertums. Sie sind

diejenigen, ich sage es mal mit anderen Worten, den gesunden Menschenverstand in die Professionalität der Organisation reinbringen sollen. Und Sie verlieren sich in diesen ganzen Diskussionen, dass man Ihnen nachsagt, Sie seien nicht professionell genug. Definieren Sie doch mal die Profession, die Sie einbringen. Das ist nämlich Ihre Lebenserfahrung. Das ist Ihre sogenannte Nähe, die übrigens heute keine räumliche mehr sein muss, sondern eher eine menschliche, zu den Bereichen, die Sie versichern oder wo Sie in den entsprechenden Gremien sind.

Diese Art der Professionalität ist abgefragt. Die bringen Sie auch deshalb mit, weil Sie *kein* ausgebildeter Renten- oder Unfallversicherungsexperte sind. Es wäre vielleicht mal eine andere Diskussion auf der politischen Ebene, wenn man wieder mal mangelnde Professionalität beklagt und meint, deswegen *nur* Hauptamtler zusammenzubringen, die übrigens, ob Sie es glauben oder nicht, ich kann das für meine Kollegen aus der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung genauso sagen wie für die Unfallversicherung, natürlich ab und an über diesen gesunden Menschenverstand klagen und schimpfen. Aber genau deshalb ist dieses System so gemacht, damit eben nicht die – Entschuldigung – „Fachidioten“ und Fachmanager diese Entscheidungen alleine treffen und wir spätestens alle dann einen common sense, einen gemeinsamen Nenner haben, dass wir sagen: Es mag ja manchmal furchtbar sein, es mag ja manchmal schlimm sein, aber es ist immer um Klassen besser als eine staatliche Lenkung und Steuerung.

Das Problem ist nur, dass die Kritiker der Selbstverwaltung auch in Deutschland relativ unverhohlen sagen: *Aber in anderen Ländern ohne Selbstverwaltung läuft's doch auch*. Dann sollte man den dritten Punkt machen, den ich eben schon mal mit angesprochen habe, und sagen: *Ja, das stimmt. Man sollte nicht immer sagen, wir sind besser und toller und schneller und schöner. Aber man sollte dann mal die Gegenfrage stellen*. Warum läuft eigentlich ein internationaler Trend in fast allen Staaten - nicht in Großbritannien, das gebe ich zu - in Richtung der Frage: Wie kriege ich die Stakeholder an Bord, um die

Entscheidungen vermittelbar zu machen? Und vermittelbar heißt nicht ein 37 Seiten langer Rentenbescheid, sondern heißt den Betroffenen das Gefühl zu geben, okay, hier haben wenigstens alle darum gerungen, es richtig zu machen. Warum ziehen alle Staaten, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Betroffene, wie auch immer – Selbstverwaltung muss nicht immer nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein, weiß ich, heißes Thema -, in die Organisation und die Abläufe der Sozialen Sicherungen ein? Weil sie genau diese Außenwirkung haben wollen! Das sollten wir vielleicht mal bei Diskussionen, warum es im Ausland angeblich ja auch funktioniert, mit einbringen, dass man sagt: Ja, die sind aber dabei, sich zu wandeln und schauen deshalb vielleicht genau darauf, was bei uns los ist.

Wandel ist ein weiterer Punkt, den spare ich mir auch nicht als Provokation, der aus meiner Sicht ein Schwachpunkt unserer Selbstverwaltung heute in Deutschland ist. Damit meine ich nicht das Thema Wahlen. Da habe ich meinen Standpunkt gesagt. Damit meine ich auch nicht das Thema Professionalität, da haben Sie auch meine Aussage vernommen, sondern damit meine ich uns alle, wie wir hier sitzen und stehen.

Glauben wir alle wirklich, dass *wir* die Personen repräsentieren, für die wir in unserem System stehen? Glauben wir das wirklich? Wir können das von allen Seiten angehen. Ziehen Sie mal einen Altersdurchschnitt durch uns im Raum. Wir liegen weit über dem schon hohen Altersdurchschnitt in der Bundesrepublik Deutschland. Machen Sie mal einen Gender-Durchschnitt - okay, Sie sind noch besser als die andere Seite, aber das hilft Ihnen im Vergleich zur Gesellschaft auch nicht! Und dann nehmen Sie sich die Konsequenzen einmal selber vor.

Wir reden darüber, wie wir mit modernen Entwicklungen, mit modernen Technologien umgehen sollen, wo Selbstverwaltung gefordert ist – dazu später vielleicht auch noch etwas. Und dann sitzen wir da mit im Durchschnitt 55- bis 75-Jährigen, Entschuldigung, aber ich provoziere ja gerne - und haben in der Tat Personen – (*an einen Teilnehmer gerichtet*) : nicht alle sind im Chaos-Computer-Club – mit denen wir tagtäglich Diskussionen erleben, dass jemand



meint, er kennt die moderne Welt, wenn er Facebook kennt. Sorry, Facebook ist was für die 50-Plus-Jährigen, für nichts anderes. Selbst Instagram, Flickr und wie sie alle heißen, Snapchat, etc sind auch schon wieder aus Sicht der jungen Generation auf dem Weg nach unten. Und ich würde garantieren, - ich nehme natürlich alle anderen Bereiche raus - in der Unfallversicherung, in den Selbstverwaltungsgremien, die ich kenne, wüssten gerade fünfzig Prozent nicht, wovon ich rede.

Stimmt also unter Altersdurchschnitt? Ich sage Ihnen ganz klar: Nein! Wenn Sie für sich in Anspruch nehmen, was der richtige Weg wäre, eben nicht gewählt zu sein, sondern für die Gruppen zu stehen, die in den Versicherungssystemen da sind, dann sollte man sich über die Zusammensetzung Gedanken machen, und zwar sowohl altersmäßig als auch gendermäßig.

Und jetzt höre ich schon wieder die ersten, die sagen: *Jawohl, da muss der Gesetzgeber endlich mal klare Quoten schaffen.* – Ich bin der absolute Quotengegner. Ich stehe dazu, egal, welche Quote, aber nicht, weil ich mich jetzt hier mit Ihnen auf die Quotendiskussion einlassen will, sondern wir reden über Selbstverwaltung. Wenn Sie die Gestalter sind, wenn Sie die Repräsentanten sind, wenn wir - auch das Hauptamt ist in einem gewissen Balancespiel Teil der Selbstverwaltung – Änderungen wollen, dann müssen wir das selber regeln. Ansonsten ist es die nächste Bankrotterklärung, dass wir sagen: *Jawohl, wir sind die Repräsentanten, aber du, Staat, regle mal* – in einem staatsfern angelegten System! Das versteht dann wieder einmal keiner!!

Ich glaube, dass wir viel vor uns haben an Entwicklungen, wo Selbstverwaltung beweisen, belegen kann, dass Selbstverwaltung Selbstverantwortung und Selbstentscheidung heißt und in den großen Fragen nicht heißt: wir haben ja eine klare Kompetenzregelung in der Politik, und die heißt: das machen die anderen. Das ist immer ganz klar.

Und wir haben wirklich Entwicklungen vor uns, die für die gesamte soziale Sicherheit – nicht nur nach meiner Einschätzung – dramatisch sind. Vielleicht ist das auch gut so, weil, wenn wir in die Vergangenheit schauen, war Selbstverwaltung immer am stärksten in der Krise. Ich frage mich allerdings, warum wir immer Krisen brauchen, um Stärke zu beweisen. Und das Schwierige ist bei den Entwicklungen, die vor uns stehen, es ist ein gigantisches Tempo im Gange.

Auch hier nur zwei, drei Beispiele: Das Thema Versicherungspflicht für Selbständige war ja auch heute hier schon ein großes Thema. Es wird übrigens interessanterweise schwerpunktmäßig aus dem Bereich Alterssicherung geführt. Typisch Deutschland! Mehr sage ich dazu gar nicht. Der Ursprungspunkt ist ein ganz anderer. Sorry, ich komme von der Unfallversicherung, bin überzeugt davon, aber ich habe hier zumindest die große nationale Rückendeckung aus den restlichen OECD-Staaten, Rolf Schmachtenberg weiß das und andere, die bei dem Schutz der Personen in neuen Arbeitsformen, in selbständigen Arbeitsformen nicht bei der Alterssicherung anfangen, sondern an der Stelle, wo erstmal das Geld verdient werden soll, um sich eine Alterssicherung, Krankenversicherung zu leisten. Und das ist die Arbeit selber.

Und es ist von der Reihenfolge der Schutzaspekte ein völlig verkehrter Ansatzpunkt, die Leute erst gegen Krankheit, dann gegen das Risiko Alter und vielleicht am Ende gar nicht gegen das Risiko Unfall zu versichern. Wo sind denn die Vertreter dieses Personenkreises, die in Verantwortung für diese Personen aufstehen und sagen, *wir müssen das in dieser Reihenfolge, in dieser Ordnung regeln?* Jetzt könnten Sie sagen, die sind nicht da, weil sie nämlich nicht in der Selbstverwaltung sind, weil sie einer anderen Altersgruppe angehören, teilweise weil sie einem anderen Geschlecht angehören. – Und so schließen sich die Kreise.

Und wenn ich sage, Selbstverwaltung muss sich wandeln, dann heißt das nicht nur in der Zusammensetzung, sondern dann heißt das eben auch in der Ausrichtung auf die neuen Themen und Herausforderungen, die da sind. Die kann Selbstverwaltung in großen Teilen selber regeln, selbst wenn gesetzliche Änderungen notwendig sind. Das dafür notwendige Konzept zu entwickeln, das – denke ich – ist eine der ureigensten Aufgaben der betroffenen Vertreter. Und ich glaube, da ist gerade in dem Bereich der Versicherung von Selbständigen mehr als viel zu tun.

Und dann muss man auch den Mut haben, ich bleiben nochmal kurz bei den neuen Arbeitsformen, auch auf Veränderungen in anderen Bereichen hinzuweisen. Ja, historisch kommen wir aus dem Bereich, dass wir Arbeit als etwas betrachten, was irgendwo da den Arbeitgeber und irgendwo da den Arbeitnehmer hat. Und wir versuchen in Deutschland krampfhaft, alle neuen Arbeitsformen irgendwo in diese rechte und diese linke Schublade zu tun, krampfhaft, damit bloß nicht das Modell aufgegeben wird, es gibt einen Arbeitgeber, der sozusagen alle Verantwortlichkeiten hat, und es gibt den Arbeitnehmer, der sozusagen der Schutzbedürftige ist.

Entschuldigung, andere Länder sind dort weiter, weil man dort auf den Kernpunkt schaut und sagt: Es geht hier um eine produktive Tätigkeit in der Wirtschaft. Sie können das auch Arbeit nennen. Es geht hier um Personen, die gewissen Risiken ausgesetzt werden. Also schütze ich diese Personen in unserem System. Und die Frage, ob er dann Arbeitnehmer und Arbeitgeberpflichten übernimmt, ist damit nicht aus dem Raum, ist aber zweitrangig und wird dann erst zugeordnet. Wir zäumen aus meiner Sicht das Pferd von hinten auf, weil wir uns teilweise auch in ideologischen Diskussionen verlieren, wer ist Arbeitnehmer und wer ist Arbeitgeber.

Ich glaube, dass wir diese absolute Rechts-Links-Aufteilung nicht lange werden halten können, obwohl es dieses Bild im Kernpunkt, glaube ich, immer auch die nächsten hundert Jahre geben wird. Aber es wird eine dazwischen liegende

dritte Form nicht nur entstehen. Es gibt sie längst. Wir wissen nur nicht, in welchen Topf wir sie packen können. Das führt dann dazu, dass in manchen Ländern dieselben Tätigkeiten einmal als Arbeitgebertätigkeit und in anderen als Arbeitnehmertätigkeit gewertet werden. – „Viel Spaß“ bei der Rentenversicherung, wenn diese Personen plötzlich alle eingestuft werden sollen, was sie denn nun von beidem sind, insbesondere, wenn sie grenzüberschreitend arbeiten.

Letzter Punkt noch zu dem, was Selbstverwaltung direkt entscheiden muss: Dann muss man auch den Mut haben, bei neuen Arbeitsformen zu sagen: Es gibt neue Quellen und neue Pflichten, um den Sozialschutz für diese Personen auszudehnen. Das wird ja immer nur vorsichtig umschifft, auch in Papieren der Selbstverwaltung, zu sagen, *ja, und dann müssen auch die Informationen über die Tätigkeiten an den Sozialversicherungsträger gelangen.* – Haben wir, haben Sie denn alle so viel Angst davor, klipp und klar zu sagen, wenn ich solche Formen von Arbeit versichere, dann müssen alle Plattformen zwangsweise alle Vorgänge - technisch kein Thema - die dort passieren, automatisch an die Sozialversicherung weiterleiten. Ansonsten dürfen sie das Geschäft nicht betreiben. Und dann können Sie ggf später darauf Abgaben oder was auch immer erheben. Aber die Stufe 1 ist es, erstmal die Info kriegen. Sonst weiß übrigens auch die Rentenversicherung nicht, wen sie denn überhaupt erfassen soll oder nicht.

Das ist aber vielleicht etwas „Unbequemes“. Man macht sich nicht nur Freunde damit. Natürlich habe ich es einfach, das hier zu sagen, ich sage es aber auch bei Arbeitgebern. Wenn wir denn neue Formen haben, dann müssen Sie, müssen wir sagen, dann brauchen wir auch neue Formen von Vertretern, dann brauchen wir auch neue Formen von automatisierten Meldungen und Erfassungen. Ansonsten kriegen wir das, was man international sagt, nämlich einen neuen informellen Sektor, wie groß er auch immer sein wird.

Zurück nochmal zu den Herausforderungen, die eben nicht Herausforderungen der anderen, sondern von uns allen sind in der Welt. Wir müssen uns einmal klarmachen, welche Veränderungen zum Beispiel im Medizinbereich passieren. Der betrifft nicht nur die Krankenversicherung. Der betrifft auch die Unfallversicherung. Der betrifft übrigens in ganz großem Maße auch die Rentenversicherung, wenn wir über Reha-Maßnahmen reden.

Ich habe in einem anderen Zusammenhang schon mal einen „wunderschönen“ Beispielsfall aufgegriffen. Man soll ja immer praktisch am Leben entlang, nicht so abstrakt bleiben.

Nehmen Sie ein fiktives Beispiel aus dem Jahr 2025, also schon bald. Eine Kindergärtnerin hat einen Fahrradunfall, zieht sich einen Beckenbruch zu. Wenn es auf dem Weg zur Arbeit ist, ist es unseres, wenn nicht auf dem Weg zur Arbeit ist es die Krankenversicherung. Und hinterher kommt sie vielleicht noch zu der Rentenversicherung. Es gibt eine digitale Patientenkarte. Mit der kann die Klinik sofort alle Patientendaten haben. Der entsprechende Sozialversicherungsträger wird automatisch elektronisch auf dem Laufenden gehalten. Im Krankenhaus macht man von dem gebrochenen Beckenknochen einen 3D-Abdruck. Entsprechend macht man auch in der Operation ein komplettes, über 3D gedrucktes neues Gelenk. Reha macht man mit einem Exoskelett, ein wunderschönes, manchmal fast wie ein Raumschiff aussehendes Ding. Und Reha, weil es eine junge Mutter ist, kann sie nicht in einer Einrichtung machen, macht sie zu Hause, aber sie macht das mit Tele-Rehabilitation, sprich, also mit entsprechender digitaler Übertragung und Überwachung.

Diesen Fall im Jahr 2025 kann ich Ihnen jetzt mit zwei verschiedenen Visionen schildern.

Nehmen wir die positive. Das, was ich gerade geschildert habe, ist übrigens gar keine Sciencefiction, passiert längst. Da kann ich wieder stolz sagen, in den Unfallversicherungskliniken hier in Berlin realer Fall, also längst da.

Ich kann den Fall aber auch anders schildern: Wir haben in den Entscheidungsprozessen - und an denen sind wir alle beteiligt, das ist keine Schuldzuweisung - um selbst solche, im internationalen Bereich kleine Schritte zu machen, eine Zeit gebraucht, in der sind andere Länder vom Baumhaus umgestiegen in den Ferrari. Und wir werden jeden Tag mehr überholt. Diese Art von Technologie, diese Art von direkter Vernetzung von Informationen finden in anderen Ländern längst statt. Und es ist überhaupt nicht befriedigend, wenn wir Konzepte haben, über die wir teilweise seit Jahren diskutieren und sagen, *im Jahr 2025 werden wir einen voll elektronischen Informationsaustausch zwischen manchen Leistungsträgern mit manchen Leistungserbringern haben.*

Hier ist nicht die Politik gefordert. Hier ist übrigens auch nicht die Technik gefordert. Die ist längst da. Hier sind wir gefordert. Das ist eine strategische Entscheidung, die wir alle immer so gerne in Sitzungen in Anspruch nehmen. Wir wollen ja alle Strategie machen. Aber wenn es um einen Schritt in eine Richtung geht, wo wir nicht ganz sicher sind, wo sie hinführt, dann sind wir wieder „bei den anderen“.

Also, die Frage der Anwendung von neuer Technologie intern wie extern ist eine, die man nicht nur unter Angstgesichtspunkten, Datenschutzgesichtspunkten, Arbeitsplatzgesichtspunkten etc. führen muss - das muss man zwar auch, aber das reicht nicht! Wir müssen ihn auch unter dem Aspekt einer gewissen Wettbewerbssituation mit anderen internationalen Staaten und Organisationen sehen. Denn wir leben in einer Welt, wo wir verglichen werden und wo Entwicklungen schnell über die Alpen und durch Tunnels kommen. Zum anderen müssen wir es vor dem Hintergrund führen, dass wir sagen: Dafür sind wir doch da, zu gestalten, zu entscheiden, was möglich ist. Was wollen wir und was nicht?

Wir können nicht rasend schnelle Entwicklungen mit jahrelangen Entscheidungsprozessen begleiten. Damit verliert man schlicht und einfach die Kompetenz, das zu tun.

Letzter Punkt aus meiner Sicht, ich hoffe auch ein bisschen zur Diskussion angeregt zu haben: Machen wir denn nicht unheimlich viel? Gerade haben wir hierzu etwas gesehen. Jeder hat irgendwo ein Beispiel, dass es irgendeine App gibt, die gerade eingeführt worden ist – egal, in welchem Sozialversicherungsbereich. Das wird dann auch gleich als Erfolg eines selbst verwalteten Systems dargestellt. Und wenn wir ganz ehrlich sind und schauen uns mal an, was wir denn mit dieser App leisten, dann muss man aufpassen, dass sich unsere eigenen Kinder nicht kaputt lachen.

Das Beispiel, dass wir zwölf Jahre darüber diskutieren, ob es eine E-Health-Card gibt, auf der dann hinterher außer Versicherungsstatus und Namen, wenn denn freiwillig gewünscht, noch die Blutgruppe steht oder nicht, ist ein Armutszeugnis für unser Land. Aber sorry, wir alle sind Teil dieses Landes. Und es ist auch ein Armutszeugnis, dass wir heute immer noch silomäßig, wie das so schön heißt, arbeiten, dass jeder für sich glaubt, einen Beleg für Effizienz der Selbstverwaltung dadurch zu schaffen, dass er *seine* App, *seine* Information, *seine* Broschüre, *seinen* Videofilm macht. Das kann auch mal richtig sein, aber wir leben längst in einer Welt, wo man uns, wenn bitte, bezogen auf die Personen, die wir vertreten, als Geschlossene wahrnehmen sollte.

Wenn es Diskussionen in der Krankenversicherung über die Selbstverwaltung gibt, dann heißt das: „Typisch, *die* Selbstverwaltung“. Dann können Sie nicht sagen, ich gehöre aber zur Rentenversicherung oder zur Unfallversicherung. Nein. Wenn wir nicht gemeinsam agieren, dann gefährden wir das gesamte System der Selbstverwaltung, weil wir Gott sei Dank in einen Topf geworfen werden – Gott sei Dank, und weil wir Gott sei Dank damit auch die Chance haben, für diese Vertretung selber etwas zu tun. Aber die Botschaft ist einfach: Wir müssen was tun!

Und einer der jüngsten großen Punkte, wo wir wieder einmal in Kleinstaaterei verfallen, ist überschrieben mit dem Wort „Onlinezugangsgesetz“. Was in der Bundesrepublik als großer Entwurf oder Wurf gefeiert wird, dass der Bürger alle seine Dienstleistungen über ein Portal an einer Stelle schaffen kann, führt reflexmäßig erstmal dazu, dass die Sozialversicherung einig, aber trotzdem getrennt erstmal gesagt hat: *Aber doch nicht von uns!* Die anderen bitte ja, aber nicht von uns.

Nachdem dieser Keks gegessen war, spricht, man hat klargemacht, das muss so sein, übrigens auch aus europäischem Recht, sind wir jetzt wieder dabei, dass jeder für sich guckt, oh, welche tollen Meldungen können wir denn dort einstellen. Jetzt könnte ich wieder den Hurra-Bereich der Unfallversicherung melden und sagen: *Ja, wir können bei uns also Meldungen eines Unfalls, Meldung eines Unternehmens und den Versichertenservice da einstellen.* Die anderen Kollegen könnten auch entsprechendes benennen. Was wir aber verpassen, ist eine gemeinsame Aktivität, die nur über Sie, über uns alle laufen kann, dass wir einfach sagen: Was ist notwendig, um *unseren* Versicherten und nicht *dem* Rentenversicherten - denn der Rentenversicherte ist im Regelfall der Krankenversicherte, auch der Unfallversicherte, auch der Arbeitslosenversicherte - was wir für den insgesamt tun können, und zwar nicht nur aus unserer Brille.

Ansonsten, wenn wir das nicht tun, wird einerseits die technische Entwicklung über uns weggehen, zweitens wird's der Gesetzgeber wieder regeln, drittens wird es wieder ein Beispiel dafür sein, dass unser Mechanismus der Selbstgestaltung anscheinend nicht – weil nicht schnell genug – funktioniert. Und viertens werden wir wieder die Diskussion kriegen, warum eigentlich in Deutschland alles so kleinteilig über die verschiedenen Bereiche verteilt ist.

Ich sehe es, um damit zum Schluss zu kommen, wirklich so. Wir haben ein Modell, was von der Grundanlage, vom Konzept her zwar nicht einzigartig ist, aber einfach zukunftsfähig ist. Deshalb versuchen es auch viele zu kopieren.



Aber wir müssen dieses Modell auch leben und uns nicht zurücklehnen. Und leben heißt, Sie müssen die Entscheidungen für die auf uns zukommenden Entwicklungen treffen, nicht zurückschauen, wie toll das war, dass wir vor zwanzig Jahren ein Schulungsheim gebaut haben. Das ist alles gut, alles richtig, aber das ist keine ausreichende Rechtfertigung mehr für Selbstverwaltung.

Also, sprich: Die kommenden Herausforderungen müssen wir gestalten. Wir müssen Lösungsvorschläge machen und, wo immer möglich, ohne den Gesetzgeber regeln – wo immer möglich! Dann lebt dieses Modell. Wenn wir aber weiter in die Richtung gehen, wir machen das, was die Engländer im wahrsten Sinn des Wortes Old-Boys-Club nennen, und unterhalten uns nur über die guten alten Zeiten in den Leder-Fauteuils, dann – sage ich Ihnen – geht irgendwann der Kamin aus und es wird kalt.

Mit diesen positiven Worten beende ich das. Herzlichen Dank.